



Offener Brief des LEBK zum aktuellen Stand Koalitionsverhandlung

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder der **SPD, CDU** und **Bündnis 90/ Die Grünen** von Brandenburg,

Als Landeselternbeirat für Kinderbetreuung zeigen wir uns besorgt über den aktuellen Stand der Koalitionsverhandlungen im Bereich der frühkindlichen Bildung. Aus den Medien mussten wir erfahren, dass die Beteiligten große Teile der erforderlichen Weiterentwicklung der Kindertagesbetreuung unter Finanzierungsvorbehalt stellen wollen und somit die frühkindliche Bildung als nachrangiges Thema einordnen. Als Landeselternbeirat betrachten wir ein solches Signal als rückwärtsgewandte Politik. Aus unserer Sicht sollte für unsere Kinder das Beste gerade einmal gut genug sein, da Kinder die Zukunft unseres Landes sind.

Als Landeselternbeirat fordern wir die Beitragsfreiheit für jedes Kind, qualitative Verbesserungen für Kinder und Erzieher und vor allem ein neues KiTa-Gesetz.

In Artikel 29 Absatz 3 Satz 1 unserer Landesverfassung heißt es: Jeder hat das Recht auf gleichen Zugang zu den öffentlichen Bildungseinrichtungen, unabhängig von seiner wirtschaftlichen Lage und seiner politischen Überzeugung.

Deshalb fordern wir die **gebührenfreie Bildung** für alle Kinder – so wie Sie es in ihren Wahlprogrammen suggeriert haben – und nicht nur einige wenige Jahre und erst zum Ende der Legislaturperiode. Aus unserer Sicht sollten Kinder und Familien in Brandenburg nicht schlechter gestellt sein als Familien u.a. in Rheinland-Pfalz, Hamburg, Mecklenburg Vorpommern oder Berlin. Hier gilt es, ansatzweise gleiche Lebensverhältnisse zu schaffen.

Die offenbar geplanten Verbesserungen der Personalschlüssel begrüßen wir grundsätzlich. Allerdings lösen diese allein nicht die primären Probleme im qualitativen Bereich. In der täglichen Praxis erleben wir, dass Gruppen zusammengelegt werden oder Einrichtungen vorübergehend geschlossen werden, weil ein Finanzierungsschlüssel eben nicht die Herausforderungen des Alltags – Krankheit, Urlaub oder Weiterbildung – beachtet.

Aus unserer Sicht muss es Aufgabe der zukünftigen Landesregierung sein, einen **Bildungsschlüssel als Mindeststandard** zu definieren, welcher zu jeder Zeit ein festes Erzieher-Kind-Verhältnis in den Einrichtungen auch bei längeren Betreuungszeiten vorsieht. Dieser muss auch die oben aufgeführten Punkte wie Krankheit, Fortbildung und Urlaub unserer Erzieher berücksichtigen. Nur durch einen solchen Mindeststandard wird einer ständigen Überlastung unserer Erzieher und somit auch unserer Kinder vorgebeugt.

Ob **Beitragsfreiheit** oder **Bildungsschlüssel, Verbesserung der Ausbildung** oder **wohnnaher KITAS** – der Landeselternbeirat für Kindertagesbetreuung hat gemeinsam mit den Kreis-Elternbeiräten und freien Trägern in der Petition »Worauf warten? Mehr Qualität und Beitragsfreiheit – Jetzt!« die wichtigsten Ziele definiert, denen sich die kommende Landesregierung annehmen muss. Oberstes Ziel sollte es dabei sein, dem in die Jahre gekommenen brandenburgischen Kita-Gesetz nicht nur einen neuen Anstrich zu verpassen.

Es ist dringend erforderlich, dass das über 25 Jahre alte Gesetz von Grund auf neu gedacht wird und noch in diesem Kalenderjahr mit einem Gesetzgebungsverfahren für die frühkindliche Bildung in Kindertageseinrichtungen begonnen wird.

Damit nicht auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten Brandenburger Familien, freie Träger oder Kommunen die Gerichte mit Klagen herausfordern, braucht es jetzt ein kluges Gesetz, das sowohl der finanziellen als auch der strukturellen Situation des Landes gerecht wird und das sich auf die aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse bezieht.

Abschließend möchten wir im Sinne unserer Demokratie dafür werben, dass es nicht Aufgabe von Eltern, Wählern und Bürgern sein kann, Parteien daran erinnern zu müssen, ihre eigenen Wahlprogramme umzusetzen. Es ist ureigene Aufgabe der Politik, die Inhalte, für die geworben wird, zeitnah umzusetzen. Nach der Wahl ist vor der Wahl.